

## War Österreich-Ungarn zum Untergang bestimmt?\*

Von ANTON ADALBERT KLEIN

Kurz nach dem Ersten Weltkrieg, im Jahre 1925, warf der damalige Rostocker Professor Wilhelm Schüßler, ein hervorragender Kenner der österreichischen Geschichte und Freund Österreichs, in seinem Geschichtswerk „Österreich und das deutsche Schicksal“<sup>1</sup> eingangs die Frage auf: „War Österreich dem Tode geweiht?“ Denn außer dem eigentlichen, wissenschaftlichen Zweck verfolgte Schüßler noch einen besonderen, nämlich bei der damaligen Anschlußstimmung in Österreich Verständnis für Österreich und seine Geschichte unter seinen Landsleuten zu wecken, herrschte doch damals im Deutschen Reich die Auffassung: „Wir haben uns für ein zum Tode verurteiltes und lebensunfähiges Staatswesen im Weltkrieg selber geopfert.“ Nach Schüßler war die Ansicht, daß die Habsburgermonarchie nicht mehr zu halten sei, vor dem Krieg nicht nur im Deutschen Reich, sondern auch im übrigen Europa weit verbreitet. Ja Rußland, vielleicht der gesamte Dreiverband und seine Anhänger haben mit dem Zerfall des Donaureiches bestimmt gerechnet, und die Erwartung, daß die Stunde der Auflösung bald schlagen würde, hat die europäische Politik weitgehend bestimmt. Es lag nicht in der Absicht Schüßlers, wie er im Vorwort hervorhob, einen Beitrag zu dem unerschöpflichen Thema „Österreichs Untergang“ zu liefern, er wollte nur als Ausgangspunkt seiner historischen Untersuchung, die er bescheiden eine historisch-politische Skizze nannte, die oben geäußerte Auffassung einer Kritik unterziehen. Schüßler war sich dabei bewußt, wie verwickelt dieses Problem ist, da den auflösenden Faktoren in der Donaumonarchie starke integrierende gegenüberstanden. Der Verfasser führte Äußerungen aus Memoirenwerken von Staatsmännern, Politikern und Geschichtsschreibern an, von denen die einen vom sicheren Untergang Österreich-Ungarns, die anderen von seiner Lebensfähigkeit überzeugt waren. Also schon am Beginn der Diskussion war es klar, daß die Frage: „War Österreich dem Tode geweiht?“ nicht mit einem einfachen Ja oder Nein be-

\* Vortrag bei der Jahreshauptversammlung des Vereines am 19. Februar 1969.

<sup>1</sup> Eine historisch-politische Skizze. Leipzig 1925.

antwortet werden könne. Aber die Argumente, die schon damals für die Lebensfähigkeit Alt-Österreichs vorgebracht wurden, sind so bedeutend, ja überzeugend, daß sie hier kurz wiederholt werden sollen. Der bekannte Nationalökonom und Soziologe Universitätsprofessor Dr. Friedrich Frh. von Wieser, einer der besten Kenner Österreichs (1917/18 Handelsminister), wies in seiner 1919 erschienenen Schrift „Österreichs Ende“ darauf hin, daß die äußeren und inneren Gegner der Donaumonarchie ihren Zusammenbruch schon lange vor dem Kriege vorausgesagt haben. Für sie alle war es daher nicht verwunderlich, daß der Zusammenbruch schließlich erfolgte. Dabei übersahen sie ganz, daß er sich gar nicht in der Weise vollzog, wie sie ihn immer erwartet hatten. Denn die Monarchie ist nicht an innerem Siechtum, wie sie gemeint hatten, zugrunde gegangen, sondern sie ist im Kampf zusammengebrochen, und sie hat in diesem letzten Kampf dieselbe Zähigkeit und überraschende Kraft bewiesen wie in den vielen schweren Kämpfen, die sie schon vorher zu bestehen gehabt hatte. Wieser hob auch mit Recht hervor, daß ihre gewaltigen Gegner das Äußerste aufbieten mußten, um ihrer Herr zu werden, und nicht eigentlich im Kriege selbst, sondern im Völkerbeben, in welches der Krieg ausging, ist sie endgültig auseinandergefallen. Ähnlich äußerte sich auch Graf Burian<sup>2</sup>, gleichfalls ein ausgezeichnete Kenner der Donaumonarchie. Er bekleidete in den Jahren 1903—1912 und 1916—1918 das Amt des gemeinsamen Finanzministers und 1915—1916 und 1918 das des Außenministers. Burian hob hervor: „Die österreichisch-ungarische Monarchie, diese letzte Form des Osterreiches in und um das Donaubecken, war kein Zufallsgebilde, sondern ein historisches Produkt geographischer, ethnographischer und wirtschaftlicher Notwendigkeiten. Die Ursachen, die diese Völkergruppierungen schufen und von Zeit zu Zeit umwandeln, hätten ihr auch weiterhin ihr Gesetz der Fortentwicklung vorgeschrieben. „Wir, die amtlichen Hüter des altehrwürdigen Staatengebildes“, betonte Graf Burian, „hatten die Überzeugung von dessen Anpassungsfähigkeit an neue Entwicklungen.“ Auch der deutsche Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg, der in den entscheidenden Jahren 1909—1917 tiefen Einblick in die innen- und außenpolitischen Verhältnisse des österreichisch-ungarischen Bündnispartners gewinnen konnte, teilte die Auffassung von der Todeskrankheit der Habsburgermonarchie nicht. Mit Nachdruck wies er in einem Schreiben an den parlamentarischen Untersuchungsausschuß zum Kriegsausbruch darauf hin, daß dieses angeblich sterbende Österreich, wäre es von Deutschland im Stich gelassen, bei der Entente offene Arme gefunden hätte und sich für die

<sup>2</sup> Drei Jahre. Aus meiner Amtsführung im Krieg. Berlin 1923.

Zwecke der Einkreisungspolitik lebenskräftig genug erwiesen haben würde<sup>3</sup>. Das Bedeutungsvollste zu dieser Frage hat aber der große österreichische Geschichtsschreiber Heinrich Friedjung festgestellt. Er wies darauf hin, daß die Habsburgermonarchie bis zum Schluß den beiden hauptsächlichsten Aufgaben jedes Staates: Schutz gegen äußere und innere Feinde und Förderung der Kultur, durchaus nachgekommen ist, hierin keineswegs den Anblick eines sterbenden Gemeinwesens bot. Sie ist keineswegs an Siechtum zugrunde gegangen, sondern hat sich bis zum Schluß als Großmacht behauptet. „Es ist“, wie er wörtlich ausführte, „eine in der Weltgeschichte fast alleinstehende Erscheinung, daß die Monarchie ihrem Ende als anerkannte Militärmacht entgegenging. Sonst sanken die ehemals großen Reiche, bevor sie aus der Reihe der Lebenden verschwanden, zum Spielball stärkerer Nachbarn herab... Österreich stand trotz der bedenklichen Risse und Sprünge in seinem Gefüge zu Beginn des Weltkrieges noch immer achtungsgebietend als Kultur- wie Machtstaat da“<sup>4</sup>.

Man muß sich vor Augen halten, wie sehr die negativen Urteile durch den Ausgang des Weltkrieges beeinflußt, ja sozusagen bestätigt wurden. Die Todesahnungen und Reformpläne in der Habsburgermonarchie reichten weit zurück. Sie setzten zu der gleichen Zeit ein, da man begann, den Gegensatz zwischen ihrem Lebensprinzip, nämlich der besonderen staatlichen Struktur der österreichischen Monarchie und den liberalen und nationalen Zeittendenzen, zu erkennen. Aber manches von dem, was man früher an der staatlichen Struktur Österreichs für veraltet, ja rückständig hielt, wird heute von Geschichtsforschern, insbesondere in den USA, als in die Zukunft weisend beurteilt. Denn das Zusammenleben von Völkern verschiedener wirtschaftlicher und kultureller Entwicklungsstufen ist heute zum Weltproblem geworden. Trotz der Spaltung der Welt in zwei Machtblöcke weist diese infolge der technischen Entwicklung der jüngsten Zeit viele gemeinsame Probleme auf. Merkwürdigerweise aber glauben selbst Österreicher, sofern sie sich überhaupt über die ehemalige Donaumonarchie noch Gedanken machen, an die Lebensunfähigkeit und das Siechtum des alten Reiches. Vielfach werden die österreichischen Dichter von Joseph Roth an bis auf Heimito von Doderer, die die Problematik der Donaumonarchie kurz vor ihrem Ende in ihren Werken dargestellt haben, als Zeugen des sicheren Zerfalls angeführt. In diesen literarischen Erscheinungen glaubt man die „Untergangsstimmung des sterbenden Österreich“ zu erkennen. Aber die Fin-de-siècle-Stimmung

<sup>3</sup> Schreiben Bethmanns an den parlamentarischen Untersuchungsausschuß, Heft 1, S. 12 f.

<sup>4</sup> Historische Aufsätze. 1. und 2. Auflage, Stuttgart—Berlin 1919. Vorwort.

war eine gesamteuropäische Erscheinung und nicht auf Österreich allein beschränkt. Sie war der Ausdruck von Veränderungen des gesamten Lebens im Abendland. Die Zeit war, ihrem Wohlstand und ihrem äußeren Glanz zum Trotz, brüchig geworden. Das Morbide aber nahm in der Weltliteratur überhand, und Ibsen, Strindberg und Wedekind hatten es an die Wand gemalt. Erst vor kurzem hat der Schweizer Literaturhistoriker Karl F e h r in seiner Studie „Schweizerische Literatur um 1914“<sup>5</sup> festgestellt: „Nicht nur im Fin-de-siècle des Auslandes, auch in der schweizerischen Literatur war die Brüchigkeit der weltlichen und religiösen Glaubensordnung sichtbar geworden... Es zeigte sich wieder einmal jene merkwürdige Antinomie kulturgeschichtlicher Abläufe, wie sie der tragische literarische und künstlerische Grundzug der ruhmreichen Pentekontaetie im klassischen Athen (480 bis 430 v. Chr.) ebensogut bestätigte wie das gegenwärtige Wirtschaftswunder: Die Stimmung der Dichtung und Kunst ist selten die Stimmung, die der Zeitgeist zu diktieren scheint. Dem zuversichtlich und selbstbewußt vorwärtsdringenden öffentlichen Dasein um 1914 steht ein abgrundtiefer Pessimismus der dichterischen Aussage gegenüber. Die Wägsten und Besten unter den Schaffenden erkennen im manifesten Selbstbewußtsein nur einen blinden Willen zur Entfaltung eines leeren Gepräges. Dahinter wittern sie den Sturz und ahnen Abgründe. Sie erkennen vielleicht auch, daß alles stürmische Vorwärtsdrängen mit Rückfällen in anderen Lebensbereichen erkauft werden muß.“

Der Wiener Heinz R i e d e r wies dagegen in einer geistvollen Studie „Der Aufstand der Denker und Österreich als Anlaß im Werke Robert Musils, Hermann Brochs und George Saikos“<sup>6</sup> darauf: „Nirgends waren die Spannungen so furchtbar, die Untergänge so schrecklich, aber auch die glanzvolle Dämmerung einer Kultur so großartig, die allen diesen Dichtern Rahmen und Nährboden gab. Darum konnte der ‚Aufstand der Denker‘ nur hier möglich werden.“ Mit diesem Thema hat sich auch der Triestiner Germanist Claudio M a g r i s in seinem Buch „Der habsburgische Mythos in der österreichischen Literatur“<sup>7</sup> befaßt. Ein wesentlicher Bestandteil dieses „habsburgischen Mythos“ sind nach Magris Todesahnung, ja Todessehnsucht und eine gewisse Dekadenz. Die Berechtigung und Brauchbarkeit des Begriffes des habsburgischen Mythos wurde von seinen österreichischen Kritikern teilweise angezweifelt. Das Trefendste aber zum Versuch, die österreichische Dichtung der Jahrhundertwende als Geschichtsquelle zu benützen, hat der frühere Unterrichts-

<sup>5</sup> „Neue Zürcher Zeitung“ (Fernaussage) vom 25. Juli 1964.

<sup>6</sup> „Österreich in Geschichte und Literatur“, 6. Jg. (1962), Heft 8, S. 372—380.

<sup>7</sup> Erschienen in Salzburg 1966.

minister Dr. Heinrich D r i m m e l vorgebracht<sup>8</sup>: „... Bei der langen Absenz eines durchgehenden Geschichtsbewußtseins war die Bindung an das österreichische continuum an Hand der nun schon klassisch gewordenen Zeugnisse der Literatur aus der Zeit nach 1890 besonders wichtig. So wurden allerdings auch vielfach Geschichten für Geschichte gehalten, und die Verwirrung wurde dadurch nicht geringer: Da ist die elegische Lesebuchwelt Joseph Roths, das skurrile Märchenreich Herzmannovsky-Orlandos, das Österreichbild in den Werken Hofmannsthal und Schnitzlers, der Kritizismus Karl Kraus' und vor allem die Aktualität der katastrophalen Deutungen Kafkas und Musils. Viele aus der Generation derer, die noch vom alten Österreich eine gewisse Substanz ihres Österreichtums mitbekommen hatten, wurden durch die oft ungeheure Wirksamkeit dieser Literatur vielfach aus ihrer traditionellen Befindlichkeit und aus ihren gewohnten Kategorien gestoßen, soweit es sich nicht überhaupt nur um Gewohnheitsösterreicher gehandelt hat, die in einer gewissen Betulichkeit fortgewerkelt haben; etwas Neues oder Zukunftweisendes wurde ihrem Österreichertum in dieser oft wüsten oder verwüsteten Landschaft voller Abnormitäten selten hinzugefügt.“

In den fünfzig Jahren, die seit dem Ersten Weltkrieg verfließen sind, ist die Frage nach den Ursachen der Auflösung der Habsburgermonarchie — und damit auch im unmittelbaren Zusammenhang das Nationalitätenproblem in Österreich-Ungarn — zu einem der meistdiskutierten Themen der neueren Historiographie geworden. Aber gerade wegen ihrer Gegenwartsbezogenheit bildet diese Frage bis heute einen umstrittenen Problemkreis<sup>9</sup>. Sie kann im übrigen in verschiedener Form gestellt werden. So, wie wir es bereits getan haben, nämlich: War der Zerfall des Reiches eine Folge der eigenen Schwäche? Oder: Ist die Habsburgermonarchie im Jahre 1918 durch die Ententemächte mit Absicht zerstört worden? Oder aber: Hat es im Jahre 1918 noch Möglichkeiten gegeben, den staatlichen Bestand der Monarchie auf Grund eines innerpolitischen Ausgleichs — unabhängig vom Verdikt seiner äußeren Feinde — zu sichern, oder war das Problem einer konstruktiven Reichsgestaltung im Jahre 1918 bereits unlösbar geworden?

Während die ältere Forschung des In- und Auslandes sich im wesentlichen auf publizistische Quellen stützte und dementsprechend weit-

<sup>8</sup> Die Heimkehr nach Österreich. In: Sondernummer „Vor 50 Jahren erstand die Republik Österreich“ der „Steirischen Berichte“ 1968, S. 28—30.

<sup>9</sup> Helmut RUMPLER, Max HUSSAREK — Nationalitäten und Nationalitätenpolitik in Österreich im Sommer des Jahres 1918. Vorwort (in: Studien zur Geschichte der Österreichisch-ungarischen Monarchie, hrsg. von der Kommission für die Geschichte der Österreichisch-ungarischen Monarchie [1848—1918] an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Band IV, 1965).

gehend der politischen Polemik verhaftet war, schöpfte die neuere Forschung direkt aus den archivalischen Quellen, die inzwischen immer weiter erschlossen worden waren. Manche dieser Arbeiten griffen in ihrer Thematik weit zurück, wie das bekannte Werk von Robert A. Kann „Das Nationalitätenproblem in der Habsburgermonarchie“<sup>10</sup>, und behandelten den Zerfall des Vielvölkerstaates als einen seit 1848 sich vollziehenden innerpolitischen Prozeß. Andere wieder, die sich mit den Kriegszielen der Kriegführenden im Ersten Weltkrieg beschäftigten, stellten das Problem „Österreich-Ungarn“ in die großen weltpolitischen Zusammenhänge. Besonders fruchtbar erwies sich dabei, daß zur Klärung dieser Fragen bei internationalen Kongressen durch Vorträge und Diskussionen beigetragen werden konnte. Es sei beispielsweise auf die beiden Tagungen der Ranke-Gesellschaft in Hamburg aus jüngster Zeit verwiesen, deren Ergebnisse nun unter dem Titel „Weltwende 1917“ einerseits<sup>11</sup> und „Ideologie und Machtpolitik 1919“ andererseits<sup>12</sup> gedruckt vorliegen. Aber während diese und ähnliche Forschungen weite Verbreitung fanden und mit manchen Klischee-Vorstellungen aufräumen konnten, ist eine Reihe sehr verdienstvoller archivalischer Arbeiten hauptsächlich aus der Wiener Historikerschule, und zwar über die letzte Phase der Monarchie, kaum über den engeren Kreis der Fachhistoriker hinaus bekannt geworden, weil sie erst vor kurzem entstanden sind. Darunter sind auch wertvolle Untersuchungen über die österreichischen Regierungen während des Ersten Weltkrieges<sup>13</sup>. Sie liegen teilweise nur maschinschriftlich als noch ungedruckte Dissertationen vor, sind aber der Forschung allgemein zugänglich und gewähren einen tiefen Einblick in die innerpolitischen Probleme der Monarchie während des Krieges bis unmittelbar zum Zusammenbruch. Die bedeutenderen Abhandlungen wurden im Auftrage der „Kommission für die Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie (1848—1918)“ an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften gedruckt. Die Herausgabe weiterer ist geplant. Das jüngst erschienene Werk des englischen Publizisten Gordon Brook-Shepherd „Um Krone und Reich — Die Tragödie des letzten Habsburgerkaisers“<sup>14</sup>, das aus dem habsburgischen Familienarchiv schöpfte und auch andere, bisher verschlossene wertvolle Quellen benutzen

<sup>10</sup> Deutsche Neubearbeitung seines 1950 in New York erschienenen Werkes *The multinational Empire. Nationalism and national Reform in the Habsburg Monarchy 1848—1918*, 2 Bände, Graz—Köln 1964.

<sup>11</sup> *Weltwende 1917. Monarchie — Weltrevolution — Demokratie*. Musterschmidt-Verlag, Göttingen 1965.

<sup>12</sup> *Ideologie und Machtpolitik 1919. Plan und Werk der Pariser Friedenskonferenzen 1919*. Musterschmidt-Verlag, Göttingen 1966.

<sup>13</sup> S. Anm. 9: RUMPLER, a. a. O., S. 6 f.

<sup>14</sup> Verlag Fritz MOLDEN, Wien 1968.

konnte<sup>15</sup>, rundet das gewonnene Bild dieser entscheidenden Jahre ab. Alle diese Forschungen widerlegen aber auch die Vorwürfe, die man unter dem Schlagwort „Das verspielte Reich“ zusammenfassen könnte, als seien das Reich und seine Regierung zuletzt ideen- und tatenlos ins Verderben geschlittert. Es ist bei der Fülle des Stoffes rein unmöglich, alle Probleme auch nur zu streifen, etwa auch die soziale und wirtschaftliche Seite des Nationalitätenproblems. Diese Ausführungen können nur Anregungen sein. Es soll aber wenigstens ganz kurz auf die drei Formen, in denen die Frage nach dem Untergang der Donaumonarchie gestellt wurde, eingegangen werden.

Gegen die Behauptung, daß die Habsburgermonarchie am eigenen Siechtum zugrunde gegangen sei, ist schon manches vorgebracht worden, besonders eindrucksvoll ist aber das Bestreben der österreichischen Regierungen während des Ersten Weltkrieges, trotz der besonderen ihnen durch den Kriegszustand aufgezwungenen Umstände die Rechtsstaatlichkeit, die Grundlage eines Kulturstaates, unbedingt zu wahren. Christoph Führ zeigte in einer tiefeschürfenden Untersuchung „Das k. u. k. Armeeoberkommando und die Innenpolitik in Österreich 1914—1918“<sup>16</sup> das Ringen zwischen beiden Faktoren um den Regierungskurs in diesen kritischen Jahren auf. War es das Ziel des Ministerpräsidenten Stürgkh, die Zivilbevölkerung politisch und wirtschaftlich in einer dem Kriegszweck entsprechenden materiellen und moralischen Verfassung zu erhalten, so kam es über die Wege, auf denen dieses Ziel erreicht werden sollte, zu mitunter schweren Auseinandersetzungen zwischen der Heeresleitung und der Regierung, die schließlich ihren Höhepunkt in den Bemühungen des Armeeoberkommandos fanden, Stürgkh zu stürzen. Aber dieser konnte seinen Kurs durchhalten, er geriet jedoch später mit seiner Politik überhaupt zwischen zwei Feuer, als sich Bestrebungen auf die Wiederbelebung des Parlamentarismus geltend machten, denen er schließlich zum Opfer fiel. Es war aber Stürgkhs Verdienst, dazu beigetragen zu haben, daß auch nach seinem Tode trotz des kriegsbedingten Ausnahmezustandes die Rechtsstaatlichkeit gewahrt blieb. Führ schließt seine Abhandlung mit folgender Feststellung: „Von einer Untersuchung der Beziehungen des k. u. k. Armeeoberkommandos zur k. k. Regierung vom Kriegsausbruch 1914 bis zum Februar 1917 (Rücktritt Conrads von Hötzendorf, Anm. d. Verf.) fällt neues Licht auf eine zentrale Frage der Innenpolitik während der ersten Kriegsjahre: Von verschiedenen Seiten

<sup>15</sup> Geheime Papiere der britischen Königsfamilie, Protokolle des britischen Ministerrates etc.

<sup>16</sup> Studien zur Geschichte der Österreichisch-ungarischen Monarchie (wie Anm. 9), Band VII (1968).

wurden die inneren Verhältnisse Österreichs dieser Zeit mit dem Begriff einer ‚Militärdiktatur‘ umschrieben. Weder die politischen Vollmachten der österreichisch-ungarischen Heeresleitung noch der Verlauf der Auseinandersetzungen zwischen dem k. u. k. Armeekommando und der k. k. Regierung bis zum Februar 1917 hin rechtfertigen es, von einer ‚Militärdiktatur‘ zu sprechen, wenn man darunter ein Regierungssystem versteht, in dem die Heeresleitung die maßgebliche politische Führung übernommen hat und verantwortet.“ Als Kaiser Karl die Regierung übernahm, da waren die markantesten Richtpunkte seines politischen Kurses die Wiedereinführung des Reichsrates und die Amnestie für politische Verbrechen. „Polizeistaat“ und „Völkerkerker“ war die Donaumonarchie auch in der letzten Phase ihres Bestandes nicht!

Zu den überholten Klischee-Vorstellungen, die auch heute noch das Geschichtsbild des Durchschnittsösterreichers beherrschen, gehört die Auffassung, die Alliierten hätten die Donaumonarchie im Oktober 1918 oder sogar bei den Friedensverhandlungen willkürlich aufgelöst. Das trifft nicht zu! Präsident Wilson, der 1914 noch der Auffassung war, daß „Österreich-Ungarn“ — wie er sich einmal ausdrückte — „zur Wohlfahrt Europas in Stücke gehen sollte“, änderte später diese, und in seinen 14 Punkten forderte er für die Völker Österreich-Ungarns die autonome Entwicklung, also nicht mehr dessen Zerschlagung, dies schon wegen der Sonderfriedenshoffnungen mit der Habsburgermonarchie. Auch von den anderen damals führenden Staatsmännern der Alliierten liegen ähnliche Zeugnisse vor. So galt der härteste unter ihnen, der mit Recht „der Tiger“ genannte C l e m e n c e a u<sup>16a</sup> als Pro-Österreicher. Seine Schwägerin war Österreicherin, Tochter des Moritz Szeps vom „Neuen Wiener Tagblatt“, und fast jedes Jahr vor dem Krieg war Clemenceau nach Marienbad oder Franzensbad gefahren. Er sagte einmal bei einem Gespräch mit Wilson und Lloyd George, daß er kein anderes Land so gut wie Österreich kenne. Erst im Jahre 1918 und nicht vorher hat er sich mit den übrigen Friedensmachern für die Schaffung der Tschechoslowakei entschieden, womit die allgemeine Auflösung des Reiches begann. Anfangs schwebte ihnen allen eine Art Autonomie, eine Föderalisierung des Habsburgerreiches, vor. Im Jahre 1917 war Clemenceaus Schwägerin an den französisch-österreichischen Friedensgesprächen beteiligt. Damals bestand noch Hoffnung, daß das Reich erhalten bleiben würde. Denn es war ein allgemeines alliiertes Interesse, mit Österreich-Ungarn einen Sonderfrieden zu schließen. Deshalb zögerte man lange, auf die Selbst-

<sup>16a</sup> Ideologie und Machtpolitik 1919 (wie in Anm. 12), S. 53, auch zum folgenden, insbesondere S. 62 f.

ständigkeitswünsche der Tschechen einzugehen. Auch Lloyd G e o r g e verkündigte noch im Jänner 1918 in einer öffentlichen Rede, daß die Auflösung des Donaureiches kein britisches Kriegsziel sei. Die schwierige Kriegslage der Entente im Frühjahr 1918 schuf aber eine neue Situation, in der die Alliierten die Hilfe der Nationalitäten des Donaureiches zu gewinnen suchten, um dieses und damit auch das Deutsche Reich auf die Knie zu zwingen. Nach mehrfach bezeugtem englischem Urteil verstanden es die Nationalitäten, die Nöte der Alliierten zum eigenen Vorteil auszunützen. Dabei haben die Tschechen durch M a s a r y k und B e n e s c h am besten abgeschnitten. Aber erst nach langem Zögern, am 2. September 1918, wurde der tschechische Nationalrat von den USA als De-facto-Regierung anerkannt, nachdem kurz vorher auch Frankreich und England sich dazu entschlossen hatten. Damit war das Schicksal Österreich-Ungarns besiegelt. Noch im August hatte der britische Außenminister B a l f o u r vor seinem Kabinett offen erklärt, daß ihm noch am liebsten wäre, Österreich zu erhalten, wenn es nur zu erhalten wäre. Das schien ihm aber nicht mehr möglich. Daher fand er sich, wenn auch nur widerwillig, mit der Errichtung des tschechoslowakischen Staates ab, ohne sich an bestimmte Grenzen zu binden. Bei der Friedenskonferenz wurde dann im Viererrat über das Schicksal der dreieinhalb Millionen Sudetendeutschen gegen den ursprünglichen Wunsch Wilsons auf Beachtung ihres Selbstbestimmungsrechtes binnen weniger Minuten entschieden — war doch der amerikanische Präsident Anfang April 1919 physisch und psychisch zusammengebrochen. So haben die Tschechen noch vor dem Waffenstillstand die Anerkennung ihrer Eigenstaatlichkeit durch die Entente erhalten, aber nicht die Polen und auch nicht die Jugoslawen, trotzdem Serbien und Belgien als die hauptsächlichsten Kriegsoffer galten.

M a s a r y k s Entschluß nach Kriegsbeginn, sich auf die Seite der Entente zu stellen, war folgeschwer für sein Volk und ganz Europa. Er stellte sich damit an die Seite der russophilen Minderheit seiner Nation. Die einzige tschechische Partei, die vor dem Krieg offen gegen die Monarchie aufgetreten war, waren die „Fortschrittlichen“ gewesen, eine kleine im Parlament nur durch zwei Abgeordnete vertretene Gruppe. Obzwar sie sehr rühlig waren, war ihr Einfluß nur gering. Masaryk, der spätere Führer der tschechischen Emigranten, war der einzige Abgeordnete der kleinen Partei der „Realisten“ im Wiener Parlament. Kurz nach Kriegsausbruch trat er an B e n e s c h mit dem Plan heran, eine Aktion gegen das Habsburgerreich zu starten, und er fand in diesem einen willigen Helfer, der seinen Meister an Skrupellosigkeit und Durchschlagskraft sogar übertraf. Beide arbeiteten konsequent auf

den Untergang der Donaumonarchie hin, und dabei war ihnen kein Mittel der Verleumdung zu schlecht. Aus ihrem erhaltenen Schriftwechsel, Proklamationen und Memoiren geht das eindeutig hervor. Dabei ist es besonders tragisch, daß sie zuerst eine verschwindende Minorität darstellten und daß noch kurz vor dem Kriege ein nationaler Ausgleich zwischen den Deutschen und Tschechen Böhmens angebahnt worden war. Nach dem Ausspruch des Jungtschechenführers Dr. Joseph Kaizl trennte die beiden Parteien nur noch eine „papierdünne Wand“. Die übertriebenen Behauptungen vom „Völkerkerker“ und vom „Polizei-staat“ Österreich-Ungarn haben vor allem Masaryk und Benesch im Ausland verbreitet und an maßgebenden Stellen vorgebracht. In einigen seiner Kriegsaufsätze entwarf Masaryk ein Zukunftsbild des „Neuen Europa“, wie er sich es vorstellte. Als er sie nach dem Krieg in einem Sammelband unter diesem Titel zusammenfaßte, da rühmte er sich<sup>17</sup>, daß die von ihm propagierten Friedensbedingungen im großen und ganzen verwirklicht wurden. Aber, was damals als Höhepunkt seines persönlichen Triumphes erschien, erwies sich bald als Katastrophe Europas und damit auch seines Volkes. Der Zusammenbruch Österreich-Ungarns schuf im Herzen Europas ein Vakuum, in das zuerst Hitler und dann Stalin hineinstießen. Die Agitation der Tschechen hatte schon seit den Verhandlungen über die sogenannten „Fundamentalartikel“ (1871) dazu geführt, daß Beamte der Wiener französischen Botschaft an das Außenamt in Paris schrieben: „Wenn diese Tschechen — was Gott verhüten möge — ihr Programm durchführen können, werden sie nicht nur selber untergehen, sondern auch sofort die Möglichkeiten, die man ihnen gibt, dazu benutzen, um andere zu unterdrücken. Und dabei sollten sie froh sein, die schützende Hülle des Habsburgerstaates noch um sich zu haben und möglichst lange zu behalten“<sup>18</sup>.

Wenn die Westmächte sich schließlich trotz langem Widerstreben dennoch entschlossen, den tschechischen Nationalrat in Paris als Regierung anzuerkennen, so war dabei außer ihrer eigenen Zwangslage auch der Umstand maßgebend, daß die innere Auflösung in Österreich-Ungarn, vor allem die wirtschaftliche und soziale Zersetzung, nach dem Schwinden der Hochstimmung des Oktober 1917, die der Durchbruch der Mittelmächte bei Flitsch und ihr Sieg über die Italiener hervorgerufen hatte, weit fortgeschritten waren. Die Westmächte befürchteten die Gefahr der Revolutionierung Mitteleuropas und sahen sich daher gezwungen, die Kräfte zu unterstützen, die ihrer Meinung nach Ordnung und Ruhe noch

<sup>17</sup> Berlin 1920.

<sup>18</sup> Zitiert von Prof. Dr. Ernst BIRKE, in: „Ideologie und Machtpolitik 1919“ (siehe Anm. 12), S. 163.

am ehesten erhalten konnten. Die Hoffnungen, die Kaiser Karl und die Bevölkerung an die geplante Offensive an der italienischen Front im Juni 1918 knüpften, schlugen trotz mancher Anfangserfolge fehl und enthüllten dagegen die ganze innere Zermürbung infolge Hunger, Entbehrungen und Überforderung. Ludwig Jedlicka hat das in seiner Studie „Das Ende der Monarchie in Österreich-Ungarn“<sup>19</sup> anschaulich gezeigt. Aber auch der deutsche Bundesgenosse war am Ende seiner Kraft. Von diesem Standpunkt aus gesehen sind auch die Friedensbemühungen Kaiser Karls zu beurteilen. Der Kaiser war von seinem Regierungsantritt an entschlossen, zu einem Friedensschluß beizutragen. Über diese Bemühungen ist eine ganze wissenschaftliche Literatur<sup>20</sup> entstanden. Auch Außenminister Czernin wies im April 1917 in einer Denkschrift darauf hin, daß Österreich-Ungarn am Rande des inneren Zusammenbruches stehe und daß er im Hinblick darauf keinesfalls gewillt sei, einen annehmbaren Frieden, wenn er erreichbar war, wegen annexionistischer Kriegsziele auf deutscher Seite, wie sie die Oberste Heeresleitung etwa im Kreuznacher Programm festlegte, auszuschlagen. Czernin ging es in erster Linie um eine baldige Beendigung des Krieges und nicht um Kriegsziele mit Landgewinn. Deshalb nahm er auch die Verbindung zu deutschen Parlamentariern auf, um den Reichstag in der Friedensfrage zu aktivieren. Auch der Versuch einer Friedensvermittlung durch Papst Benedikt XV. ging auf österreichische Initiative zurück, ihm blieb der Erfolg ebenso versagt wie den anderen. In schweren Schaden für Kaiser und Reich schlug aber jener Friedensfühler Kaiser Karls um, der der aussichtsreichste war und der unter dem Schlagwort „Sixtus-Affäre“ oder „Sixtus-Briefe“ bekannt ist. Die äußeren Umstände sind schon seit langem bekannt, in die Hintergründe leuchtete jetzt erst das bereits genannte Werk „Um Krone und Reich“ von Brook-Shepherd hinein. Ein diplomatischer Fehlgriff des Kaisers wurde von seinem Außenminister Czernin nicht gedeckt, sondern höchst undiplomatisch zu einem internationalen Skandal ausgeweitet. Das Nähere kann man bei Shepherd nachlesen. Um den Vorwurf des Verrates am deutschen Bundesgenossen von sich zu weisen, glaubte Kaiser Karl, die bisherigen Bande zu diesem noch enger knüpfen zu müssen, und so kam es am 12. Mai 1918 im Großen Hauptquartier zu Spa zur Unterzeichnung eines Abkommens zwischen beiden Kaisern, in dem die engste politische und

<sup>19</sup> In: „Weltwende 1917“ (s. Anm. 11), S. 65—82.

<sup>20</sup> Heinrich BENEDIKT, Die Friedensaktion der Meingruppe, Graz 1962; derselbe, Die Friedensaktion der Mittelmächte 1917/18, Graz 1962; Robert A. KANN, Die Sixtus-Affäre, Wien 1966 (auch Zusammenfassung der älteren Literatur).

wirtschaftliche Zusammenarbeit beider Reiche vereinbart wurde. „Diese Form der Abdankung der Habsburger“, wie der Schritt bezeichnet wurde, stand im direkten Widerspruch zur bisherigen Politik Kaiser Karls und wurde mit Recht als „Canossagang“ für die Sixtus-Briefe aufgefaßt. Das Abkommen von Spa trug wesentlich dazu bei, daß die Westmächte Österreich-Ungarn als „Schwerthelfer des Germanentums“ preisgaben.

Es soll hier noch die Frage nach der Lebensfähigkeit Österreichs in der dritten Form gestellt werden: War das Problem einer konstruktiven Reichsgestaltung im Jahre 1918 bereits unlösbar geworden, oder hat es damals noch Möglichkeiten gegeben, den staatlichen Bestand der Monarchie rein auf der Basis eines innenpolitischen Ausgleiches zu sichern? Es ist schon darauf hingewiesen worden, daß in Böhmen kurz vor dem Ersten Weltkrieg in der Ausgleichsfrage eine weitgehende Annäherung der beiden Standpunkte erreicht worden war. Historiker in Ost und West sind sich heute darüber einig, daß vor 1914 nur wenige und politisch einflußlose Gruppen unter den Nationalitäten eindeutig gegen die Existenz der Monarchie eingestellt waren<sup>21</sup>. Eindrucksvoll ging das aus dem Bericht der drei jugoslawischen Historiker Fran Z w i t t e r, Jaroslav Š i d a k und Vaso B o g d a n o v beim XI. Internationalen Historikertag in Stockholm im Jahre 1960 hervor<sup>22</sup>. Inzwischen hat sich der bekannte italienische Historiker Leo V a l i a n i in mehreren Abhandlungen mit der Auflösung Österreich-Ungarns beschäftigt und ihr Ergebnis 1966 in einem eigenen Buch veröffentlicht<sup>23</sup>. Es zeigt, daß sich auch in Italien ein Umschwung in der Beurteilung der Habsburgermonarchie angebahnt hat. Auch aus anderen Ländern ist ähnliches zu berichten. Eine internationale Tagung über das Nationalitätenproblem in der Donaumonarchie, die im Frühjahr 1966 in der *Indiana University* (Indiana, USA)<sup>24</sup> abgehalten wurde und an der Historiker aus aller Welt teilnahmen, spiegelte den gleichen Geist wider. Auch auf die weitgehende Übereinstimmung der Auffassungen in der Bewertung des alten Österreich, die auf dem Internationalen Historiker-Symposion „Herbst 1918“ in Wien im Oktober v. J.<sup>25</sup> erreicht wurde, sei hingewiesen.

<sup>21</sup> Das Nähere bei RUMPLER (s. Anm. 9); dazu noch A. WANDRUSZKA, *Finis Austriae? — Reformpläne und Untergangsangehungen in der Habsburger Monarchie*. In: *Der österreichisch-ungarische Ausgleich 1867* (Buchreihe der Südostdeutschen Historischen Kommission, München, Band 20, 1968).

<sup>22</sup> WANDRUSZKA, a. a. O., und derselbe, *Im Rückblick auf Sarajewo — Österreich-Ungarns Untergang im Geschichtsbild fünfzig Jahre später*. In: „Wort und Wahrheit“, XIX. Jg. (1964), Heft 6/7.

<sup>23</sup> *La dissoluzione dell' Austria-Ungheria*, Milano 1966.

<sup>24</sup> Bericht von WANDRUSZKA, in: „Die Presse“ vom 23./24. April 1966.

<sup>25</sup> Bericht über den Verlauf und das Ergebnis des Symposions, in: *Osthefte*, Jg. 11 (1969), Heft 1, S. 55—61.

Kaiser Karl fühlte sich als Testamentsvollstrecker des Thronfolgers Franz Ferdinand, sofern dessen Reichsreformpläne davon betroffen waren. Es ist bezeichnend, daß sich der junge Kaiser hauptsächlich mit Beratern aus dem Belvedere-Kreis umgab. Durch eine befriedigende Lösung der Nationalitätenprobleme der Doppelmonarchie und eine damit verbundene konstruktive Reichsgestaltung hoffte er bis zuletzt, einen annehmbaren Frieden und die Erhaltung seines Reiches zu erreichen. Dadurch wird verständlich, daß noch die Monate August und September 1918 zu einem der ereignisreichsten Abschnitte in der Geschichte der österreichischen Nationalitätenpolitik gehören, zwar nicht gemessen an den unmittelbaren Ergebnissen, aber an der Aktivität der Regierung und der Parteien. Diese hohe Aktivität fällt in die Amtszeit Max H u s s a r e k s, der vom 26. Juli bis zum 27. Oktober 1918 die Stellung des österreichischen Ministerpräsidenten einnahm. Hussareks Tätigkeit als Ministerpräsident wird in der Literatur mit Unrecht geringschätzig beurteilt. Hussarek war von 1911 bis 1917 ohne Unterbrechung Minister und verfügte insbesondere auf dem Gebiet der Nationalitätenpolitik über eine reiche Erfahrung. Als Ministerpräsident vertrat er ein realpolitisch imponierendes Konzept bei seinen politischen Aktionen, in die uns die erst vor kurzem (1965) erschienene tieferschürfende Abhandlung Helmut R u m p l e r s, der übrigens auch die Frage der Autorschaft des Völkermanifestes vom 16. Oktober 1918 geklärt hat, Einblick gewährt. Rumpplers erstgenannte Abhandlung „Max Hussarek — Nationalitäten und Nationalitätenpolitik in Österreich im Sommer des Jahres 1918“<sup>26</sup> entwirft ein klares Bild der verwickelten innenpolitischen Vorgänge in Österreich (und zum Teil auch in Ungarn) in der kritischen Zeit des Sommers 1918 und räumt mit manchem Klischee auf. Hussarek verfolgte den Plan, das Nationalitätenproblem von Galizien her aufzurollen, und griff dabei auch Gedanken zu einer Verfassungsreform auf, die schon vor ihm entwickelt worden waren. Der diplomatische Kampf der österreichisch-ungarischen Regierung mit der deutschen um die austropolnische Lösung war hauptsächlich ein Versuch, eine solide Grundlage für eine innere Reform zu schaffen. Denn das Ausscheiden der polnischen Parteien aus dem österreichischen Abgeordnetenhaus durch die Entlassung Galiziens aus dem engeren Staatsverband und dessen Vereinigung mit allen polnischen Gebieten unter der Oberhoheit Österreich-Ungarns hätte das slawische Übergewicht im Wiener Parlament beseitigt und die Voraussetzung für die Bildung einer konstanten Regierungsmehrheit gebildet. Wer die Geschichte der österreichischen Verfassungspläne kennt, weiß, daß der Ge-

<sup>26</sup> S. Anm. 9.

danke einer Sonderstellung Galiziens an sich nichts Neues ist. Ein autonomes Galizien dagegen hätte nur neue Probleme aufgeworfen, denn die Polen hätten über kurz oder lang den Anschluß Galiziens an das Königreich Polen gefordert. Deshalb ging Hussarek so weit, in seiner Erklärung vor dem Reichsrat am 1. Oktober 1918 den Polen den Anschluß Galiziens an den künftigen polnischen Staat<sup>27</sup> zuzugestehen. Hussarek sah in der Lösung der polnischen Frage ebenso wie in der des südslawischen Problems die wichtigste Voraussetzung einer innenpolitischen Rekonstruktion<sup>28</sup>. In der Lösung der südslawischen Frage allerdings war man auf die Einsicht und den guten Willen der Magyaren angewiesen, seitdem T i s z a dem Kaiser Karl den Eid auf die ungarische Verfassung abgepreßt hatte<sup>29</sup>. Durch die Lösung der polnischen und der südslawischen Frage hoffte Hussarek eine Isolierung der Tschechen zu erreichen und die Gemäßigten unter ihnen, wie die katholischen Tschechen und Mährer sowie die Agrarier, für die Mitarbeit zu gewinnen. Aber seit dem Beginn des Jahres 1918 hatten die „Passivisten“ innerhalb des tschechisch-nationalen Lagers, die jede Verhandlung mit Wien ablehnten, an Zahl und Bedeutung zugenommen. Hussarek zog auch diesen Umstand in Rechnung und traf Maßnahmen, um die deutschen Siedlungsgebiete Böhmens abzugrenzen. Er hatte damit sofort nach seinem Amtsantritt als Ministerpräsident begonnen, indem er schon am 30. Juli die Errichtung des Kreisgerichtes in Trautenuau, eine uralte Forderung der Deutschböhmen, anordnete. Auch da knüpfte Hussarek an Entscheidungen seiner Vorgänger an, denn auf Grund der Seidlerschen Kreisverordnung sollte auf dem Gebiet der Gerichtssprengelteilung der Grundsatz der nationalen Trennung verwirklicht werden. Der Landesautonomie in Böhmen war schon unter Stürgkh durch die Schaffung der Landesverwaltungskommission auf dem Wege eines Oktroi ein Ende bereitet worden. Nach der Erklärung der Entente über die Anerkennung der Tschechoslowakei beantragte Hussarek im Ministerrat die Teilung der Landesverwaltungskommission in konsequenter Fortführung der Kreiseinteilung in Böhmen, um für jeden Fall vorzusorgen. Wenn auch diesen Maßnahmen kein Erfolg beschieden war, weil der Ausgang des Krieges über diese Entscheidung hinwegschritt, so war dennoch der Grundgedanke gut. Durch die Teilung der öffentlichen Verwaltung in Böhmen sollte jedem der beiden Volksstämme unter Wahrung der historischen Einheit des Landes ein tunlichst weitgehendes Selbstbestimmungsrecht auf seinem Siedlungsgebiet eingeräumt werden. Die Ausgestaltung der Autonomie in Böhmen

<sup>27</sup> RUMPLER, a. a. O., S. 37.

<sup>28</sup> A. a. O., S. 49 ff.

<sup>29</sup> G. BROOK — SHEPHERD, Um Krone und Reich (s. Anm. 14), S. 63 ff.

sollte der erste Schritt zu einer Gesamtlösung des Nationalitätenproblems in den österreichischen Ländern sein<sup>30</sup>. Das Selbstbestimmungsrecht der Nationalitäten sollte also nur auf dem Gebiet der Landesverwaltung, somit nur in zweiter Instanz, verwirklicht werden. Die Nationalitäten aber forderten als Mindestmaß die staatliche Autonomie.

In der südslawischen Frage sah Hussarek das Kernproblem der österreichischen Innenpolitik im Jahre 1918 überhaupt<sup>31</sup>. Ihm und allen, die auf die Gewinnung der Südslawen hofften, gab die Deklaration des Südslawischen Klubs vom 30. Mai 1917, in der sich die im Reichsrat vertretenen südslawischen Parteien zur Loyalität gegenüber dem Hause Habsburg-Lothringen bekannt hatten, die Zuversicht von ihrer Lösung. Eine Befriedigung der Vereinigungswünsche der Südslawen innerhalb der Monarchie wäre im Sommer 1918 von einem Großteil der südslawischen Parteien akzeptiert worden. Zwei konkreten Problemen aus dem Gesamtkomplex der südslawischen Frage stand Hussarek im Sommer 1918 zunächst gegenüber. Das eine war das Wie der Neuregelung der staatsrechtlichen Stellung von Bosnien-Herzegowina, das die Magyaren beanspruchten, was die Südslawen dagegen bekämpften. Das andere die Frage, wieweit die nationalen Wünsche der Slowenen bei der Lösung des südslawischen Problems berücksichtigt werden könnten. Die trialistische Lösung, die in Wien erwogen wurde, zog nur die Länder Kroatien-Slawonien, Bosnien-Herzegowina und allenfalls Dalmatien in Betracht, von einer Einbeziehung der slowenischen Landesteile des Küstenlandes, Krains, Kärntens und der Steiermark war nie die Rede. In Wien hielt man an der Fiktion fest, daß die Slowenen eine Vereinigung mit den Kroaten und Serben nicht wünschten. Man rechnete auch mit der Loyalität der slowenischen Bevölkerung, mit dem Gegensatz zwischen Slowenen und Serben und konnte sich einfach nicht vorstellen, daß die Lebensader Österreichs, die Verbindung Wiens mit Triest und dem Meer, in irgendeiner Weise unterbunden werden könnte. Eine trialistische Lösung, die das slowenische Siedlungsgebiet einbezieht, hätte nie die Zustimmung der deutschen Parteien gefunden — und seien wir ehrlich — nie finden können. Wie in den meisten anderen nationalpolitischen Fragen ging auch die Regierungspolitik Hussareks wie die seiner meisten Vorgänger mit den Forderungen der deutschen Parteien konform. War doch der Grundgedanke seiner Lösung des Reichsproblems, das Übergewicht der nichtdeutschen Parteien im Reichsrat zu verringern, um ein arbeitsfähiges und arbeitswilliges Parlament zu erreichen. Die Folge der

<sup>30</sup> RUMPLER, a. a. O., S. 77.

<sup>31</sup> A. a. O., S. 78 ff.

von der Regierung den Slowenen gegenüber verfolgten Politik war die Radikalisierung auch der bisher loyalen slowenischen Parteien. Es ist daher kein Zufall, daß der erste Schritt zur Bildung eines eigenen südslawischen Staates von Laibach aus (Allslawische Tagung am 16. August 1918) getan wurde. Aber Helmut Rumppler kam zum Schluß, daß vom Blickpunkt der inneren Struktur der slowenischen Parteien und der jugoslawischen Bewegung in den slowenischen Teilen der Monarchie Anfang September 1918 eine Lösung dieser nationalen Frage innerhalb Österreichs und Ungarns noch möglich war, wenn Österreich und Ungarn es gewollt hätten. Jedoch das, was die Deutschen in Böhmen für sich verlangten, nämlich eine weitgehende nationale Autonomie, waren sie nicht bereit, den Slowenen zuzugestehen. Gar nicht zu reden von den Magyaren, die bei ihrem Standpunkt in der südslawischen Frage überhaupt bis zuletzt unnachgiebig blieben. Hussarek trat sofort nach seinem Amtsantritt dem südslawischen Problem auch in dieser Weise näher, indem er mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Dr. Alexander Wekerle Verhandlungen aufnahm. Er hielt die großkroatische, faktisch aber trialistische Lösung, die eine Vereinigung aller von Kroaten bewohnten Länder in einem selbständigen, Ungarn gleichgestellten Staatskörper im Auge hatte, für die günstigste, war jedoch angesichts des magyarischen Widerstandes bereit, eine größere Abhängigkeit dieser Länder von Ungarn stärker zu betonen („Subdualismus“). Aber für die Magyaren bestand das südslawische Problem nur in der Frage, wie Bosnien-Herzegowina ihrem Staatsverband eingegliedert werden könnte. Dafür waren sie auch bereit, der austropolnischen Lösung zuzustimmen. Ihren Standpunkt änderten die Magyaren auch dann nicht, als sich Kaiser Karl selbst einschaltete, um die ungarische Opposition zu brechen. Karl bewog Tisza, die Seele des Magyarentums, in die südslawischen Länder zu reisen, um ihn von der Gefährlichkeit der südslawischen nationalen Bewegung zu überzeugen. Es besteht wohl kein Zweifel, daß Tisza auf seiner Reise die große Gefahr für die Monarchie ganz erfaßte, aber der Trotz des Verlierers ließ ihn die Fiktion der Stärke trotzdem aufrechterhalten. Am 17. September 1918, also in letzter Stunde, wurde Alexander Frh. von Spitzmüller vom Kaiser zum gemeinsamen Finanzminister ernannt, mit dem Auftrag, da ihm nunmehr auch das bosnische Ressort unterstand, vermittelnd zwischen den Standpunkten beider Regierungen in der südslawischen Frage zu wirken. Aber es war schon zu spät. Wenige Tage später erfuhr Spitzmüller aus Wien, daß am 27. September ein Ministerrat zusammentreten werde, um sich mit der Friedensfrage zu befassen, denn am Balkan war die Front zusammengebrochen, und Bulgarien hatte bei der Entente um einen Waffenstill-

stand angesucht. In Österreich-Ungarn war man sich der kriegsentscheidenden Bedeutung des militärischen Zusammenbruches am Balkan voll bewußt. So bildet der 27. September 1918, an dem der Ministerrat zusammentrat, um über die Friedensfrage zu beraten, eine Zäsur im Verlauf der innenpolitischen Entwicklung, denn mit diesem Datum fand die Geschichte der Nationalitätenpolitik ihr Ende, und die Geschichte der Nachfolgestaaten begann.

Das *Völkermanifest Kaiser Karls vom 16. Oktober 1918* war der letzte Versuch zur Rettung des Habsburgerreiches und sollte unmittelbar dem Frieden, zu dem das Armeeoberkommando drängte, dienen. Bevor noch die Entente sich bezüglich der Monarchie auf ein bestimmtes Programm festlegte, wollte man ihr den Beweis erbringen, daß die Annahme der Wilsonschen 14 Punkte durch Österreich-Ungarn wirklich ernst gemeint sei, wenn der Rahmen eines künftigen Föderativstaates bekanntgegeben werde. Das Manifest war als Ankündigung des Reformwerkes gedacht. Wenn auch in ihm ausdrücklich hervorgehoben ist, daß durch diese Neugestaltung in keiner Weise die Integrität der Länder der ungarischen Krone berührt wird, so bestand dennoch die Hoffnung, daß der ungarische Widerstand überwunden wird, hatte doch der ungarische Ministerpräsident Wekerle im Ministerrat vom 2. Oktober 1918 die sogenannte „subdualistische“ Lösung der südslawischen Frage grundsätzlich doch noch zugestanden. Daran, daß die stürmische Entwicklung dieser Tage die Absichten der Regierung Kaiser Karls überrollte, trifft diese keine Schuld. Der von manchen Historikern erhobene Vorwurf, das kaiserliche Manifest habe das Losungswort für den Zerfall Österreichs gegeben, verwechselt Ursache und Wirkung<sup>31a</sup>.

Helmut Rumppler, der am Schluß seiner genannten Abhandlung über Hussarek als Ministerpräsident die Ergebnisse seiner Untersuchung zusammenfaßt, kommt zu folgendem Urteil<sup>32</sup>: Im großen und ganzen war bis zum militärischen Umschwung des 27. September für die Wiener Regierung im Prinzip die Möglichkeit gegeben, bei voller Wahrung der gesamtstaatlichen Interessen einen den Forderungen der Nationalitäten entsprechenden Ausgleich zu finden. Denn ein großer und bis zuletzt einflußreicher Teil der nationalen Parteien lehnte Ausgleichsverhandlungen grundsätzlich nicht ab, und selbst die Vertreter der schärfsten Opposition waren nicht kompromißlos auf den Plan einer Zerstörung der Monarchie festgelegt, sondern hatten vielmehr echte Alternativprogramme,

<sup>31a</sup> Helmut RUMPLER, *Das Völkermanifest Kaiser Karls vom 16. Oktober 1918. Letzter Versuch zur Rettung des Habsburgerreiches*. Schriftenreihe des Instituts für Österreichkunde, „Österreich Archiv“, Wien 1966.

<sup>32</sup> RUMPLER, MAX HUSSAREK, S. 101 ff.

wenn sie es auch in ihren späteren Erlebnisberichten nicht zugeben wollten<sup>33</sup>. Es bestand keine Unvereinbarkeit der nationalen Ansprüche mit den Bestrebungen der Wiener Regierung, die gesamtstaatliche Struktur des Reiches zu wahren. Die Ursachen dafür, daß es in letzter Stunde nicht zum Ausgleich kam, lagen tiefer. Rumpler sieht sie im Dualismus und im Bündnis mit dem Deutschen Reich<sup>34</sup>. Leider wurde die große Bedeutung der polnischen Frage beziehungsweise der austropolnischen Lösung gerade für die österreichische Innenpolitik in Berlin nicht erkannt. Für Wien aber war der Kampf um die austropolnische Lösung, der seit der Besetzung Polens durch die Truppen der Mittelmächte ununterbrochen geführt wurde, ein Kampf um den Weiterbestand des Reiches. Trotz der niemals abreißenden Verhandlungen über die Lösung waren die Bundesgenossen im Sommer 1918 von einer Einigung über Polen weiter denn je entfernt. Eine weitere Ursache war der „deutsche Kurs“ in Österreich, an dem bis zuletzt festgehalten wurde und der durch das Abkommen von Spa gegen jede politische Einsicht noch verstärkt wurde. Wie die Beispiele der polnischen und südslawischen Frage zeigen, reichte das Nationalitätenproblem über den Rahmen des bloßen Ausgleiches mit den nationalen Forderungen hinaus, weil es Probleme aufwarf, die als echte machtpolitische Gegensätze zwischen Österreich, Ungarn und Deutschland unüberbrückbar schienen. Man kann an der Entwicklung der polnischen, tschechischen und südslawischen Frage verfolgen, daß diese Gegensätze den Nationalitäten der Doppelmonarchie nicht verborgen blieben und daß sie zu ihrem Radikalismus beitrugen, bis diese schließlich erkannten, daß sie ihre nationalen Ziele durch die Entente eher erreichen können. So stellt das Problem des Unterganges Österreich-Ungarns einen sehr komplexen Prozeß dar, zu dem das Schicksal auch noch das unmeßbare „tragische Element in der Geschichte“ lieferte.

Die eingangs gestellte Frage „War Österreich-Ungarn zum Untergang bestimmt?“ ist daher nicht mit einem einfachen Ja oder Nein zu beantworten, da sich der Historiker nicht auf das Gebiet einer „Geschichte im Irrealis“ oder „Was wäre geschehen, wenn?“ begeben darf<sup>35</sup>. Aber die große Bedeutung des Problems an sich geht aus dem großartigen Verlauf des bereits genannten vom Österreichischen Ost- und Südosteuropa-Institut in Zusammenarbeit mit den zuständigen Universitätsinstituten im Oktober v. J. in Wien veranstalteten Internationalen Symposions „Herbst 1918 — Die Auflösung des Habsburgerreiches im Zuge

<sup>33</sup> A. a. O., S. 101, Anm. 1.

<sup>34</sup> A. a. O., S. 103.

<sup>35</sup> WANDRUSZKA, *Finis Austriae?* (s. Anm. 21).

der Neuordnung Europas<sup>36</sup> hervor. Zwischen dem 21. und 25. Oktober vorigen Jahres versammelten sich rund 200 Historiker, darunter 80 Ausländer, im Senatssaal der Wiener Universität, um über dieses Problem zu referieren und zu diskutieren. Elf europäische und zwei amerikanische Staaten waren durch ihre Historiker vertreten. An der feierlichen Eröffnungssitzung nahmen Vertreter des Diplomatischen Corps, der Bundes- und Landesbehörden, der akademischen Behörden, der Professorenschaft und viele Geschichtsfreunde teil. Der offizielle Bericht<sup>37</sup> über diese internationale Tagung unterstrich mit Recht ihre Bedeutung: „Ein halbes Jahrhundert nach der Auflösung der österreichisch-ungarischen Monarchie haben sich Historiker aus allen Nachfolgestaaten mit ihren Kollegen aus der UdSSR, den USA, aus Italien, Frankreich und Großbritannien in Wien versammelt. Jenes Wien, das vor 50 Jahren als das politische Zentrum eines Völkerkerkers gegolten hat, das man als den Repräsentanten einer untergehenden und reaktionären Gesellschaftsordnung angesehen hat, ist heute in einer geänderten Welt wieder zu einem kulturellen Treffpunkt geworden<sup>38</sup>.“

Die trotz aller Veränderungen bestehende *geschichtliche Kontinuität zwischen dem alten Reich und unserer Republik* sollte aber dazu beitragen, die Lücke zu schließen, die im Geschichtsbewußtsein des österreichischen Volkes zwischen 1918 und 1945 klafft. Es fehlt heute noch in unserem Volk eine Übereinstimmung im Verhältnis zur eigenen Geschichte. Die verbreiteten Geschichtsbilder widersprechen einander völlig in der Bewertung unserer eigenen Vergangenheit. Da sie sich gegenseitig ausschließen, reduzieren sie die bewußte Geschichte der Republik auf die jüngste Vergangenheit. Aber auch die geschichtliche Entwicklung vor 1918 ist „unsere Geschichte“. Hier ist den Geschichtslehrern aller Schulen noch eine große Aufgabe gestellt!

<sup>36</sup> Siehe den in Anm. 25 zitierten Bericht.

<sup>37</sup> Ebendort.

<sup>38</sup> Genannt werden hier außer den Nachfolgestaaten nur die Nationen, mit denen Österreich-Ungarn sich im Kriegszustand befunden hatte.